

Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
17. bis 19. April 2008

Zwischenbericht der Steuerungsgruppe Braunkohle der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Die Landessynode hatte auf ihrer Tagung im November 2007 mit der Drucksache 126 die Kirchenleitung gebeten, gemeinsam mit dem Ständigen Ausschuss für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und unter Hinzuziehung des Umweltbeirats sowie des Kirchenleitungsausschusses „Wirtschaft und Arbeit“, weiter an dem in der Gesellschaft und auch in unserer Kirche umstrittenen Thema der weiteren Nutzung der Braunkohle im südlichen Brandenburg und im nördlichen Sachsen zu arbeiten und der Landessynode auf der Frühjahrstagung 2008 hierüber einen Bericht zu geben.

Die Kirchenleitung hat die bereits vor der Tagung der Synode berufene Steuerungsgruppe Braunkohle¹ beauftragt, sich intensiv mit der Thematik zu befassen. In mehreren Sitzungen kam der Ausschuss diesem Auftrag nach und hat dabei die vom Umweltbeauftragten der Landeskirche und vom Kirchenleitungsausschuss für Arbeit und Wirtschaft verfassten Stellungnahmen in die Beratungen einbezogen.

Ethisch-theologische Reflexionen

Im Hören und Abwägen der in der öffentlichen und internen Diskussion vorgebrachten Argumente zeigt sich, dass der Streit im Kern um die Frage geht, ob die Verstromung von Braunkohle und die damit verbundene Eröffnung von Tagebauen in der Lausitz „einen unverhältnismäßig großen Eingriff in die Natur und in die Kulturlandschaft in der Lausitz“ darstellt (Umweltbeirat), oder ob eine weitere Gewinnung und Verstromung von Braunkohle in der Lausitz unter der Bedingung einer gelingenden Abspaltung und Lagerung des bei der Verbrennung anfallenden Kohlendioxids zu verantworten ist (Arbeitskreis „Wirtschaft und Arbeit“).

Darin wird deutlich, dass es bei einer weiteren Befassung der Synode mit diesem Thema nicht um ein prinzipielles Ja oder Nein zur Braunkohlegewinnung und – verstromung gehen kann. Die Frage nach einem Ja oder

¹ Der Steuerungsgruppe Braunkohle gehören an: Heilgard Asmus (Generalsuperintendentin Cottbus), Matthias Blume (Superintendent Cottbus), Andreas Böer (Präses EKBO-Landessynode), Reinhard Dalchow (Umweltbeauftragter), Michael Hartmann (Ev. Akademie, AK Wirtschaft und Arbeit), Friederike von Kirchbach (Pröpstin), Reinhard Locke (Kirchenleitung), Uwe Meinhold (Ständiger Ausschuss Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung), Dr. Hans-Wilhelm Pietz (Regionalbischof Görlitz), Dr. Reinhard Richter (KVA Niederlausitz).

Nein dazu ist keine Bekenntnisfrage. Beide Seiten, Gegner und Befürworter, bringen ernstzunehmende Argumente vor. In ihrem, in unserem Ringen geht es nicht um einen Konflikt zwischen „den Guten“ und „den Bösen“. Vielmehr müssen wir miteinander abwägen, was „verhältnismäßig“ und was „unverhältnismäßig“ ist.

Bei einem solchen Abwägen werden nicht nur die ökologischen und die ökonomischen Fragen aufzunehmen sein. Es wird immer auch der Schmerz schon erfahrener und weiter befürchteter Verluste von Beheimatung in einer vertrauten Natur- und Kulturlandschaft wahrzunehmen und mit zu tragen sein. Wenn wir zu einem scheinbar „nüchternen Abwägen“ der unterschiedlichen Gesichtspunkte angehalten sind, dann überspielt das keineswegs das Seufzen der Kreatur und die Sorge über den Verbrauch von einmaligen Schöpfungsgütern. Dann stellen wir uns aber der Aufgabe, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, zu verantwortlichen Entscheidungen zu kommen.

Aus theologischer und ethischer Sicht ist dabei festzuhalten:

- Menschen leben immer im Verbrauch geschenkter und von anderen genommener Energie. Es gilt beides: „Macht euch die Erde untertan und herrscht über sie...“ (vgl. Gen 1, 28) und „Der Mensch soll den Garten Eden bebauen und bewahren“ (vgl. Gen 2, 15).
- Nach biblischem Zeugnis gehört die Arbeit zum Menschen im Sinne der Sicherung seiner Lebensbedürfnisse und im Sinne der verantwortlichen Gestaltung des Auftrages innerhalb der Schöpfung, deren Teil er ist. Heimat kann auch dadurch verloren gehen, dass Menschen ihre Beschäftigung am angestammten Wohnort verlieren, nur an weit entfernten Orten eine neue Beschäftigung finden oder in ihrer Heimat selbst entwurzelt leben.
- Einen Anspruch auf Heimat, den Wert eines Lebens in gewachsener Tradition, die Hochachtung kultureller Besonderheiten kennt auch die Heilige Schrift. Diese Werte finden jedoch keine absolute Bejahung oder Betonung; vielmehr ist es der Bibel wichtig, dass Menschen zur inneren und äußeren Ruhe kommen. Menschen sollen in Frieden leben und ein jeder solle „unter seinem Weinstock“ sitzen dürfen. Deshalb ist eine über Generationen gewachsene und angelegene Heimat ein hohes Gut.
- Es ist Aufgabe von Christen bei den Schwachen zu sein. Im vorliegenden Konflikt ist jedoch nicht von vornherein klar, wer die Schwachen sind. Sind es die Bewohner von Dörfern, die künftig von Umsiedlungen betroffen sein könnten? Oder sind es Menschen, deren Arbeitsplatz, deren Unternehmen, deren Perspektive von der Zukunft der Braunkohlegewinnung und –verstromung abhängt? Oder sind es Menschen in fernen Regionen unserer Erde, in denen die Energie-

gewinnung zu unseren Gunsten in ökonomisch und ökologisch unverantwortbarer Weise vorangetrieben wird, wenn wir unsere Energie aus anderen Ländern beziehen? Die Frage nach der Heimat ist für jede dieser Gruppen relevant.

Um ihrem Auftrag gerecht werden zu können, wird die Rolle der Kirche mitunter einem Spagat zwischen einander widerstreitenden Interessen gleichen. Dennoch werden wir zu konkreten Entscheidungen zu raten haben und die Schwere zu treffender Entscheidungen nicht klein reden.

Die Steuerungsgruppe Braunkohle der Kirchenleitung schließt sich den drei Bedingungen an, welche die Arbeitsgruppe Braunkohle² des Arbeitskreis „Wirtschaft und Arbeit“ unter der Leitung von Senator a. D. Dr. Norbert Meisner zur Erschließung neuer Tagebaufelder in der Lausitz formuliert hat. (siehe genauer S. 7f) Danach ist **eine weitere Verstromung von Braunkohle** (wie auch anderer fossiler Brennstoffe) **nur dann verantwortbar, wenn das anfallende CO₂ unterirdisch gespeichert werden kann** (sog. CCS-Technologie), wenn die Wirtschaftspolitik **erhebliche Anstrengungen** unternimmt, um **die wirtschaftliche Basis der Region für die Zeit nach der Braunkohle zu stärken** und schließlich, wenn für die von **Umsiedlung Betroffenen faire Regelungen** gefunden werden.

Abwägung der Argumente in der öffentlichen und internen Diskussion

Klimaschutzziele und Braunkohleverstromung

Mit der Vorstellung der „Energierstrategie 2020“ durch das Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburgs im Dezember 2007 wurde deutlich, in welche Richtung die Brandenburgische Landesregierung im Hinblick auf die weitere Nutzung der Braunkohle als wichtiger Energieträger gehen möchte. Dabei nimmt sie in Kauf, dass die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahre 2020 weiterhin steigen werden. Trotz enormer Anstrengungen sind die im Energiekonzept 1996 für das Jahr 2010 geplanten Reduzierungen nicht erreichbar. Über 50 % trägt hierzu nach einem Bericht der Landesregierung aus dem Jahre 2002 die Verstromung von Braunkohle bei.³

Aus Gründen des Klimaschutzes wird jedoch die Kohleverstromung nur für einen Übergangszeitraum möglich sein. Wenn die Klimaschutzziele der Bundesregierung zur Reduzierung der deutschen Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 erreicht werden sollen, dürfte kein neues Kohlekraftwerk in Deutschland mehr ans Netz gehen. Brandenburg hat dieses Ziel der Bundesregierung übernommen. Dies bestätigt auch das

² Der Arbeitsgruppe gehörten an: Dr. Henning Brekenfeld, Günter Haferland, Dr. Michael Hartmann, Rolf Jalass, Dr. Norbert Meisner, Ulrich Seelemann, Dietwald Wolf, Gerhard Zeitz.

³ Energiestrategie 2010 - Der energiepolitische Handlungsrahmen des Landes Brandenburg bis zum Jahr 2010. Ein Bericht der Landesregierung.

Eckpunktepapier zur „Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg“ vom Januar 2008. Die im Eckpunktepapier angenommene Kohlendioxid-Reduzierung bis 2030 (65% Reduktion gegenüber 1990, also noch ca. 21 Mio. t Jahresemission) setzt eine vollständige Beendigung der Braunkohleverstromung in Brandenburg oder eine vollständige Umstellung auf Kohlendioxid-Abscheidung (CCS Technologie, Carbon Dioxide Capture and Storage) im Lausitzer Braunkohlerevier voraus.

In seinem Redebeitrag auf der Landessynode im November 2007 äußerte sich der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck dahingehend, dass die Landesregierung aus der langfristigen Verstromung von Braunkohle aussteigen wird, wenn bis zum Jahre 2015 kein gesichertes Verfahren zur Kohlendioxid-Abscheidung zur Verfügung steht.

Der Einstieg in den Ausstieg

Eine der wesentlichen Ursachen für den Klimawandel ist der im Rahmen der Industrialisierung, insbesondere in Europa und den USA, zunehmend jetzt durch China und Indien, erfolgte Verbrauch von fossilen Brennstoffen für die Energieerzeugung und den Kraftfahrzeugverkehr und die damit verbundene Freisetzung von Kohlendioxid in die Atmosphäre.

Erst jetzt wird versucht, durch Verschärfung der Abgasvorschriften und Minimierung des Kraftstoffverbrauchs in Kraftfahrzeugen sowie durch die Erforschung der Abscheidung von Kohlendioxid bei der Energieerzeugung aus Stein- und Braunkohle (CCS-Technologie) gegen zu steuern.

Die weitere ungebremste Nutzung von fossilen Brennstoffen, insbesondere Steinkohle und Braunkohle, zur Energieerzeugung mit den bisher verfügbaren Techniken ist im Hinblick auf die drohende Klimakatastrophe nicht hinzunehmen. Notwendig ist daher ein Einstieg in den Ausstieg aus dieser Form der Energiegewinnung.

Um eine Umstrukturierung der Energiewirtschaft zu erreichen, bedarf es jedoch für absehbare Zeit (Zeithorizont 2040) einer Übergangsfrist. – auch um in den betroffenen Regionen Wirtschaftsstrukturen aufzubauen, die zu Arbeitsplätzen führen, die unabhängig von der Kohleverstromung sind. Noch ist einer der wesentlichen Energieträger die Stein- und Braunkohle. Im Rheinland im Saarland, in der Lausitz und im mitteldeutschen Braunkohlerevier setzen die großen Energieunternehmen vorzugsweise diese Ressourcen zur Energiegewinnung ein. Nachdem zunächst im Ruhrgebiet der Bergbau zurückgefahren wurde und erfolgreich durch andere Produktionsbereiche ersetzt werden konnte, steht jetzt nach enormen Bergschäden auch im Saarland der Steinkohlebergbau auf dem Prüfstand. Exportkohle aus Südafrika und Australien, die trotz enormer Transportwege preiswert bis nach Norddeutschland transportiert wird, soll eine Weiterführung dieser Energiegewinnung ermöglichen. Doch in den betroffenen Orten, wie z.B. in Greifswald / Lubmin regt sich Widerstand, den auch die evangelische Kirche in dieser Region unterstützt.

Da die Erzeugung von Energie durch Kernkraftwerke hohe Risiken in sich birgt, wie es sich in Russland, Schweden, den USA und Frankreich gezeigt

hat und die Endlagerung der hierbei anfallenden radioaktiv verseuchten Abfälle, die über Jahrtausende eine hohe Strahlungsdichte aufweisen, bisher nicht gelöst werden konnte, kann diese Technologie im Hinblick auf die Nachhaltigkeit nicht guten Gewissens weiter genutzt werden. In der Bundesrepublik Deutschland haben deshalb die Regierung und beteiligte Industrie den Ausstieg beschlossen. Insbesondere Frankreich, die USA, inzwischen auch Indien und China wollen hingegen diese Technologie weiter nutzen und entsprechend ausbauen.

In Deutschland wird zunehmend auf regenerative Energien wie Windkraft, Sonnenenergie, Geothermie, Biomasse usw. gesetzt, deren quantitative Ausnutzung jedoch eigene Probleme bereitet. Daher sind die Bemühungen zur Einsparung von Energie von zentraler Bedeutung.

Zum Problem der Arbeitslosigkeit

In einem strukturschwachen Gebiet werden durch die Braunkohlegewinnung und –verstromung Arbeit und Ausbildungsplätze, aber auch Einkommen und Wohlstand gesichert. Das trifft zwar nur für eine begrenzte Zeit zu, darf aber in seiner Relevanz für die dort lebenden Menschen nicht unterschätzt werden. Einige beklagen, dass sie ohne die Braunkohle in der Region keinerlei Arbeitsmöglichkeiten finden würden. Verschärft wird das Problem dadurch, dass die infrage stehende Region kontinuierliche Abwanderungsverluste zu beklagen hat. Vor allem junge Menschen ziehen bereits jetzt in nennenswertem Umfang weg. So werden z.B. in Hoyerswerda im Jahre 2010 nur noch etwa halb soviel Einwohner wie 1988 wohnen. Trotz des Wegzugs vieler Menschen ist die Arbeitslosigkeit teilweise sehr hoch. (Vgl. genauer das beigefügte Papier des Arbeitskreis „Wirtschaft und Arbeit“: Stellungnahme zur Erschließung neuer Tagebaufelder in der Lausitz v. 25.2.2008)

Sorben/Wenden

Neben den Landschaftszerstörungen befördert der Braunkohleabbau im sorbisch/wendischen Siedlungsgebiet auch eine kaum aufzuhaltende Kulturzerstörung. Eine Gefährdung dieser nationalen Minderheit, ihrer besonderen Sprache, ihrer besonderen Kultur und ihres besonders geprägten Glaubens kann durch die gewonnene Energie nicht gerechtfertigt werden.

Als besondere Herausforderung zu einem umsichtigen Handeln muss zudem wahrgenommen werden, dass viele Lebens- und Familiengeschichten von Menschen in den von Umsiedlung bedrohten Orten bereits schon einmal von der Erfahrung des Heimatverlustes geprägt sind: hier haben Menschen nach Flucht und Vertreibung oft unter Widerständen und unter großen Mühen eine neue Heimat gefunden. Andere haben bereits einmal die Devastierung ihrer Heimatorte erlebt und im Vertrauen auf ein Bleiben können einen Neuanfang gewagt.

DOKUMENTATION:

Arbeitsgruppe Braunkohle des Arbeitskreis „Wirtschaft und Arbeit“

Stellungnahme zur Erschließung neuer Tagebaufelder in der Lausitz

Der Arbeitskreis hat versucht, die energiepolitischen, klimapolitischen und wirtschaftspolitischen Argumente in der Debatte um die Aufschließung neuer Tagebaue in Südbrandenburg und Ostsachsen darzustellen und gegeneinander abzuwägen. Wir sind dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen (Vgl. S. 3):

1. **Klimapolitisch** ist eine weitere Verstromung von Braunkohle (wie auch anderer fossiler Brennstoffe) nur dann verantwortbar, wenn das bei der Verbrennung anfallende Kohlendioxid nicht an die Atmosphäre abgegeben, sondern unterirdisch gespeichert wird. Unter dieser Bedingung sprechen die auf Wirtschaft, regionale Struktur und den Arbeitsmarkt bezogenen Überlegungen für einen Erhalt der Energiewirtschaft in Südbrandenburg. Um diese Bedingung einzuhalten, muss schon im Genehmigungsprozess die Sequestrierung des CO₂ garantiert werden.

2. Allerdings muss die **Wirtschaftspolitik** erhebliche Anstrengungen machen, um die wirtschaftliche Basis der Region parallel und für die Zeit nach der Braunkohle zu verstärken. Aktuell gilt, dass die wichtigsten Teile der regionalen Wirtschaft, die auch über Verflechtungen in andere Regionen verfügen,⁴ wesentlich von den Sektoren Bergbau und Energie abhängen.

3. Für die möglicherweise von **Umsiedlung** und von der jahrzehntelangen Nachbarschaft zu Braunkohlekraftwerken betroffenen Menschen mögen auch andere Argumente zählen; "Heimatverlust" ist da nur eine Chiffre für heftige Emotionen, die auch in Gemeinden und Synoden für Auseinandersetzungen sorgen. Der AK kann dazu aus eigener Kompetenz kein Votum abgeben. Wir weisen allerdings darauf hin, dass uns die in den 90er Jahren erstrittenen und praktizierten Modalitäten der Umsiedlung fair erscheinen; auch scheinen uns Begriffe wie "Heimatverlust" oder gar "Vertreibung" angesichts von Umsiedlungen bei Erhalt von Arbeitsplätzen und sozialen Bindungen und vor dem Hintergrund tatsächlicher Heimatverluste von Vertriebenen und Flüchtlingen im 20. Jahrhundert kaum angemessen.⁵

Für den Arbeitskreis:

Dr. Norbert Meisner, Senator a. D., Vorsitzender

25. Februar 2008

⁴ Die regionale Exportbasis bildet die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

⁵ Alle Umsiedlungen zum Aufschluss neuer Tagebaue seit der Wiedervereinigung lagen innerhalb eines Radius von 10 km vom Ursprungsort.

Geschichte des Braunkohlereviers in der Lausitz

Die Industrialisierung des Lausitzer Braunkohlereviers begann am Anfang des 19. Jahrhunderts. Seitdem wurde im zunehmenden Maße Braunkohle gefördert. Zuerst zum Antrieb von Dampfmaschinen; später zu Heizzwecken und dann zunehmend zur Stromproduktion.

Der Abbau der Kohle erfolgte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich durch Grubenaufschluss unter Tage (daher die in der Lausitz noch gelebte Bergmannstradition). Bis zur Mitte des 20. Jahrhundert wurde der Untertagebergbau infolge verfügbarer Großgeräte zunehmend durch die offene Tagebauweise abgelöst.

Inzwischen sind insgesamt 23 Tagebaufelder ausgekohlt und wieder stillgelegt worden. 14 hiervon befinden sich im südlichen Brandenburger Raum, 9 im direkt angrenzenden sächsischen Teil des Reviers. (Tagebaue im westsächsischen Raum werden hier nicht betrachtet!).

Aktiv werden derzeit 5 Tagebaue betrieben, die organisatorisch zu 3 Einheiten zusammengefasst sind. Mit **Jänschwalde** einschließlich Cottbus-Nord und **Welzow-Süd** liegen zwei davon in Brandenburg, **Nochten** einschließlich Reichwalde (Wiederinbetriebnahme ca. 2010) liegt auf Sichtweite im angrenzenden Sachsen.

Vattenfall

In Deutschland ist der schwedische Vattenfall-Konzern einer der "großen Vier" Stromoligopolisten, die vier Fünftel des Strommarktes beherrschen. Vattenfall hat sich bei Unternehmensübernahmen auf Ostdeutschland konzentriert. In der Lausitz verfügt der Konzern über die gesamte Wertschöpfungskette:

- den Rohstoff Braunkohle in den genannten Tagebauen im südlichen Brandenburg und nord-östlichen Sachsen,
- die Kraftwerke Jänschwalde, Schwarze Pumpe und das sächsische Boxberg, die in den 90er Jahren - vor Übernahme durch Vattenfall - alle modernisiert wurden⁶
- das Hochspannungsnetz sowie
- die Verbraucheranschlüsse z.B. in Berlin mit den Kunden der ehemaligen BEWAG.

Die ehemalige Lausitzer Braunkohle AG LAUBAG wurde zur Vattenfall Europe Mining AG und der Kraftwerksbesitzer VEAG zur Vattenfall Europe Generation AG & Co KG. Die Ortsangabe "Europe" im Namen bezeichnete bisher ausschließlich den deutschen Zweig des Konzerns: Gemeinsamer Sitz der beiden Produktionseinheiten ist Cottbus. Vattenfall ist auch ein großer Energiekonzern in Polen und versorgt Teile Schlesiens mit Strom. Mit der Berufung des Finnen Hatakka zum Vorstandsvorsitzenden der Vattenfall Europe wurde die Führung des deutschen Zweiges mit der des polnischen zusammengefasst.

In der Region ist der Energiekonzern Vattenfall strukturbestimmend⁷ er ist in der Braunkohleförderung, Stromerzeugung, Kohleveredelung und im internationalen Energiehandel tätig.

Vattenfall beabsichtigt, bis zur Mitte des beginnenden Jahrhunderts die Braunkohle in der Lausitz weiter zu verstromen. Dafür will Vattenfall die Kraftwerke modernisieren und neue Braunkohle-Tagebaue erschließen. Schon im kommenden Jahr will Vattenfall den Genehmigungsprozess für den Tagebau Jänschwalde Nord beginnen; zwei weitere Tagebaue sollen folgen.

⁶ So wurden die Kraftwerke gemäß dem BImSchG mit Entschwefelungsanlagen ausgestattet.
⁷ s.u. S. 8 f.

Braunkohlevorrat und -förderung in der Lausitz

Der Braunkohlevorrat in der Lausitz beträgt rd. 13 Mrd. t. Hiervon sind nach den derzeitigen Kosten-/Nutzen-Verhältnissen etwa 4 bis 5 Mrd. t wirtschaftlich förderbar.

Zum Abbau genehmigt sind derzeit rd. 1,5 Mrd. t Braunkohle.

Die Braunkohleförderung in der Lausitz ist nach 1990 stark gesunken. Von ursprünglich ca. 200 Mio t p.a. auf derzeit knapp 60 Mio t p.a., die etwa 33 % des insgesamt in Deutschland geförderten Volumens von rd. 180 Mio t ausmachen.

Von der Fördermenge werden rd. 95 % zur Strom und Wärmeerzeugung in die Kraftwerke Jänschwalde, Schwarze Pumpe und Boxberg geliefert. Der restliche Teil wird für den Hausbrand brikettiert bzw. als Braunkohlestaub oder als Wirbelschichtkohle an meist lokale Heizwerke und an Kraftwärmeanlagen geliefert.⁸

Zukünftige Tagebauentwicklung

Zu unterscheiden ist zwischen bereits ausgewiesenen, aber noch nicht genehmigten Abbaufeldern und neuen Tagebauaufschlüssen.

Die bereits ausgewiesenen, aber noch nicht genehmigten Felder grenzen direkt an aktive Tagebaue. Hierzu gehören das in Sachsen gelegenen "Vorranggebiet" des bestehenden Tagebaues Nochten sowie das auf brandenburgischem Gebiet gelegene "Teilfeld 2" des aktiven Tagesbaues Welzow-Süd. Der Bedarf für diese Gebiete wurde von Vattenfall 2006 beim Planungsverband Oberlausitz-Schlesien bzw. dem Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg angezeigt.

Zur weiteren Entwicklung der Tagebaue hatte die brandenburgische Landesregierung eine Studie bei der TU Clausthal zur Erarbeitung der künftigen Energiestrategie in Auftrag gegeben. Die TU empfahl die genauere Untersuchung von 7 Feldern (Jänschwalde-Nord, Forst-Hauptfeld, Spremberg-Ost, Neupetersheim, Jänschwalde-Süd, Bagenz-Ost und Klettwitz-Nord).

Nach Abwägung der Qualität der Lagerstätten, der Sicherung der Energiestandorte Jänschwalde und Schwarze Pumpe, sowie politischer, ökologischer und sozialer Aspekte hat sich Vattenfall für die Erschließung von 3 Tagebaufeldern in zwei Schritten entschlossen.

In einem ersten Schritt soll der bestehende Tagebau Jänschwalde in das Zukunftsfeld Jänschwalde-Nord weitergeführt werden. Es könnten nach Abschluss des Braunkohleplanverfahrens, des bergrechtlichen und des wasserrechtlichen Planverfahrens sowie der bergtechnischen Vorbereitungsarbeiten ab 2028 für 20 Jahre rd. 200 Mio. t Braunkohle gefördert werden. Der Tagebau wäre dann der Brennstoff-Hauptlieferant für ein geplantes Demonstrationskraftwerk mit CO₂-Abscheidung am Standort Jänschwalde.

In einem zweiten Schritt will Vattenfall ab 2015 Anträge für die Felder Bagenz-Ost und Spremberg-Ost stellen, wo insgesamt 500 Mio t. Braunkohle liegen.

Umsiedlungen

Von der Tagebauerschließung Jänschwalde-Nord sind ab ca. 2020 drei Gemeinden im Spree-Neiße-Kreis (Atterwasch, Grabko und Kerkwitz) mit zusammen 900 Einwohnern betroffen. Für die Erschließung der anderen beiden Tagebaue sind keine Ortsumsiedlungen

⁸ Mit Braunkohlestaub wird derzeit auch das Heizkraftwerk Klingenberg in Berlin-Rummelsburg befeuert.

erforderlich.

Weitere Umsiedlungen werden durch die Erschließung des "Vorranggebietes" im Bereich des Tagebaues Nochten erforderlich. Betroffen sind nach 2015 etwa 260 Bürger der Gemeinden Schleife, Rohne, Mulkwitz, Trebendorf und Mühlrose. Des Weiteren steht bei Fortführung des beantragten Tagebaues die Umsiedlung eines Teiles der Ortschaft Proschim und eines Teiles der Stadt Welzow an. Diese Umsiedlungsnotwendigkeiten waren der Bevölkerung bereits vor Beginn der Tagebauförderung (Welzow-Süd in 1962 und Nochten in 1968) bekannt.

Während bis 1990 zahlreiche Ortschaften umgesiedelt wurden, ging die Anzahl danach stark zurück. Gründe hierfür waren insbesondere der industrielle Niedergang im Gebiet der ehemaligen DDR und eine höhere Energieeffizienz. Durch die hierdurch mögliche Konzentration auf nur noch 5 Tagebaue brauchten nach 1990 neben einigen kleinen freistehenden Gehöften und Häusern nur noch die Bewohner von 4 Ortschaften umgesiedelt zu werden. Dabei handelte es sich um die Ortschaften Geisendorf und Kausche mit zusammen 460 Einwohnern, Horno mit 340 Einwohnern sowie Haidemühl mit 660 Einwohnern.

Die letzte Umsiedlung betraf die Ortschaft Haidemühl, deren Bewohner sich für den Umzug in die Nähe der Stadt Spremberg entschlossen. Hier wurde der neue Ortsteil "Sellessen" mit allen zuvor vorhandenen Infrastruktureinrichtungen gebaut. Sofern die Umsiedler Wohneigentum besaßen, erhielten sie auch am Standort Sellessen entsprechendes Wohneigentum. Ursprüngliche Mieter konnten sich zwischen Miete und ggf. Wohneigentum entscheiden, wobei die Höhe der Entschädigung teilweise die Bauabsichten der ursprünglichen Mieter reduzierte. Zusätzlich zur Wiedererrichtung von Infrastruktureinrichtungen wurde für die Umsiedler die Wärmeversorgung auf ein Biomasse-Heizkraftwerk umgestellt. Die Entfernung zum ursprünglichen Standort beträgt wie im Fall Horno gut 10 km. Die Bagger des Tagebaues Welzow-Süd werden den Standort Haidemühl erst in 2018 erreichen. Die Umsiedlung von Haidemühl erfolgte im Gegensatz zum zuvor umgesiedelten Ort Horno fast ohne öffentliche Anteilnahme, obwohl die Entschädigungsleistungen vergleichbar waren.

Seit 1990 wurden fast ausschließlich gesamte Ortschaften gemeinsam umgesiedelt; dies diente der weiteren Entwicklung der Dorfgemeinschaft. Dementsprechend ist der Maßstab für eine sozialverträgliche Umsiedlung für alle recht hoch bemessen. Für die Entschädigungen ist grundsätzlich der Funktionalersatz für Anwesen ohne Neuverschuldung auf Basis bestehenden Eigentums bzw. der Mietverhältnisse zu gewährleisten. Gewerbetreibenden ist die Sicherung des Fortbestandes des Gewerbebetriebes ohne Neuverschuldung zu ermöglichen.

Entwicklung des Kraftwerksparks in der Lausitz

In der Lausitz gibt es nur noch 3 große Kraftwerksstandorte (1989 waren es noch 7 Standorte). Sie betreffen:

Standort	Anzahl der Blöcke	installierte Leistung in MW	Inbetriebnahme Jahr
Jänschwalde	6	3.000	zwischen 1982 und 1988; erneuert und mit Umwelttechnologie zwischen 1990 und 1995 nachgerüstet

Schwarze Pumpe	2	1.600	1997 und 1998
Boxberg 3	2	1.000	1979 und 1980
Boxberg 4	1	907	2000

Generell wird bei vorsorglicher Instandhaltung mit einer Lebensdauer von rd. 30 bis 40 Jahren gerechnet, so dass der Ersatzbedarf etwa nach 2015 beginnen würde und spätestens 2040 abgeschlossen wäre. Dieser Zeitrahmen bestimmt bisher direkt auch die Lebensdauer für die Tagebaue, da sie nur mit der Belieferung der Kraftwerke wirtschaftlich ausgelastet sind.

CO₂-Problematik

Nach der derzeit vorherrschenden wissenschaftlichen Meinung hat der Klimawandel stark anthropogene, also vom Menschen beeinflusste Ursachen. Als wesentlich werden die Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen angesehen.

Die Braunkohleverstromung gehört zu den großen CO₂-Emittenten. Der Faktor im Vergleich zur Steinkohle liegt bei dem 1,3fachen (Braunkohle: 850 bis 950 g/kWh, Steinkohle: 750g/kWh), im Vergleich zum Erdgas liegt der Faktor bei mehr als dem 3fachen (Gas: 230 g/kWh).

Mit Blick auf die volkswirtschaftlichen Vorgaben der Bundesregierung zur Senkung der CO₂-Emission bis 2020 um 40 % und die drohenden Kosten von Emissionszertifikaten sind die Kraftwerksbetreiber, insbesondere die Betreiber von Braunkohlekraftwerken, aufgefordert, über CO₂-Reduzierungen nachzudenken und schnellstmöglich Erfolge nachzuweisen.

Da es verbrennungstechnisch kaum noch unausgeschöpfte Reduzierungspotenziale gibt, wird deshalb nach Verfahrensmöglichkeiten der CO₂-Abscheidung und Speicherung geforscht. Am Standort Schwarze Pumpe errichtet Vattenfall deshalb eine Pilotanlage von 30 MW zur Erforschung der CO₂-Bindung. Sie ist die erste großtechnische Anlage dieser Art und wird schrittweise in diesem Jahr in Betrieb genommen. Parallel zur Testphase der Pilotanlage, die der Forschung und Prozessoptimierung dient, wird ein Demonstrationskraftwerk in Jänschwalde zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Technologie von 300 MW entwickelt, das etwa 2015 in Betrieb gehen könnte. Ab 2020 soll die kommerzielle Reife des Kraftwerkstyps erreicht sein, so dass dann die Kraftwerksblöcke in Jänschwalde schrittweise ersetzt werden könnten.

In diesem Verfahren soll das CO₂ kontrolliert abgeschieden und letztendlich in Erdspeichern (ehemaligen Erdgas- oder Erdöllagestätten oder anderen unterirdischen Speichern) dauerhaft gelagert werden. Der Prozess wird in der Literatur häufig als CCS-Technologie (Carbon-Capture-and-Storage) bezeichnet. Zu den unterirdischen Lagerstätten muss es wahrscheinlich durch Rohrleitungen transportiert und dort verpresst werden. Dafür geeignete geologische Formationen gibt es auch in Brandenburg⁹ und im südl. Mecklenburg-Vorpommern.¹⁰ Rein technisch ist es heute schon möglich, derartige Lagerstätten zu erschließen. Allerdings gibt es hierzu kaum Erfahrungen genehmigungstechnischer Art.

⁹ Ketzin an der Havel wird als mögliche CO₂-Lagerstätte genannt.

¹⁰ Dieser Vorgang entspricht demjenigen, mit dem Erdgas unterirdisch gespeichert wird; so z.B. in Berlin-Charlottenburg unter dem Scholzplatz.

Die energiepolitische Debatte in Deutschland

An der Oberfläche herrscht in der Energiepolitik Deutschlands Einigkeit darüber, dass Energie sicher, umweltfreundlich und preiswert sein soll und dass der Weg der Energieeinsparung und des Ausbaus der regenerativen Energien weiter gegangen werden muss. Sowohl Atomenergie als auch die Nutzung fossiler Energieträger sind Übergangstechnologien; Ziel des energiewirtschaftlichen Wandels ist eine nachhaltige Energiepolitik, die auf beide verzichten kann. Über das Tempo dieser Entwicklung und die Weiternutzung der anderen Energien gibt es jedoch eine verwirrende und erbitterte Debatte, die auch durch die wirtschaftlichen Interessen der Energiekonzerne in Deutschland bestimmt wird.

Die großen Parteien haben seit dem heftigen Streit um die Nutzung der Kernenergie in den 1980er Jahren nicht mehr zu einem Grundkonsens, zu einer im Grundsatz unumstrittenen Energiepolitik gefunden. Je nach Wahlergebnissen werden Ausstieg oder Wiedereinstieg in bestimmte Energietechniken propagiert. Ein Grundkonsens aber ist notwendig, um Akzeptanz für das Management des Überganges in eine wirklich umweltfreundliche und sichere Energieerzeugung zu erlangen. Denn es scheint eine Folge des öffentlich wahrgenommenen Einflusses der Energiewirtschaft auf die Politik¹¹ und des fehlenden Grundkonsenses zu sein, dass praktisch jede energiewirtschaftliche Maßnahme oder Investition auf Ablehnung und Protest bei unmittelbar oder mittelbar Betroffenen stößt. Sie führt aus Sicht der Bürger jeweils in eine grundsätzlich falsche Richtung: in die Abhängigkeit von Russland oder den Ölscheichs, in die nukleare Gefährdung, in die Klimakatastrophe oder in den wirtschaftlichen Kollaps. Daraus legitimiert sich auch bürgerlicher Ungehorsam gegen energiepolitische Maßnahmen. Dies reicht von Gleisblockaden bei Castor-Transporten ins Wendland bis zu Drohungen der Energiekonzerne gegenüber der Bundesregierung. Ob Endlager für Nuklear-Abfälle, ob neue Kohle¹² oder Gas-Kraftwerke, ob Hochspannungsleitungen und Rohrleitungen für Gas und Öl oder Windräder und Bioreaktoren: alle Arten von Energieerzeugung und -transport sind Gegenstand des Protestes. Natürlich wird gegen einen so harten Eingriff in Natur und Landschaft wie die Erschließung eines Tagebaus ebenfalls protestiert.

- Die deutsche Bundesregierung hat mit der Energiewirtschaft einen Ausstieg aus der **Kernenergie** vereinbart, der allerdings immer wieder in Frage gestellt wird; die Energiewirtschaft möchte ihre Investitionen so wirtschaftlich wie möglich nutzen und die Laufzeiten der KKWs solange wie möglich verlängern. Dabei sind die Gründe, die zu dem Ausstiegsbeschluss geführt haben, keineswegs obsolet geworden: weder ist die Gefahr durch Unfälle oder terroristische Anschläge auf Nuklearanlagen seit Ende der 1980er Jahre geringer geworden, noch ist die Frage der Endlagerung von Nuklearabfall seither geklärt. Auch die Kernenergie ist als eine Energieform für die Zwischenzeit bis zur abschließlichen Nutzung regenerativer Energien bezeichnet worden; inzwischen wird die "CO₂-freie Kernenergie" immer wieder als Alternative zu fossilen Brennstoffen ins Spiel gebracht.
- Ähnlich ist die Situation der **fossilen Energieträger**. Alle an der Debatte Beteiligten wissen, dass Kohle, Öl und Gas endlich und in Zukunft immer weniger wirtschaftlich zu gewinnen sind. Ebenso wird der Zusammenhang zwischen ihrer Verbrennung und dem sich beschleunigenden Klimawandel nicht mehr ernsthaft bestritten. Dennoch setzt sich die Energiewirtschaft aus ihren wirtschaftlichen Gründen mit einigem Erfolg für eine möglichst lange Nutzung fossiler Energien ein.
- Für die Braunkohle kommt die Tatsache hinzu, dass sie einer der letzten **einheimischen Energieträger** ist. Im Aachener Raum, bei Leipzig und in der Lausitz kann Braunkohle in

11 Der frühere Bundeskanzler leitet den Aufsichtsrat eines russischen Energielieferanten, zwei Wirtschaftsminister der rot-grünen Bundesregierung sind heute an prominenter Stelle für deutsche Energiekonzerne tätig und geben im Interesse der Energiewirtschaft sogar Wahlempfehlungen.

12 So scheiterte im November 2007 ein Steinkohle-Kraftwerk der RWE im saarländischen Ensdorf nach einer Bürgerbefragung am Widerstand der Einwohner.

Tagebauen gewonnen und an Ort und Stelle verstromt werden. Braunkohle-Verstromung deckt zu einem guten Fünftel den deutschen Strombedarf. Die Möglichkeit, wenigstens einen Teil der in Deutschland benötigten Energie durch heimische Träger zu gewinnen und nicht ausschließlich Erdöl und Erdgas von politisch unberechenbaren Lieferanten beziehen zu müssen, hat der Braunkohle in den letzten Jahren zumindest in der energiepolitischen Diskussion eine neue Bedeutung verschafft.

Nach unserer Auffassung muss die Politik gerade in einer großen Koalition Anstrengungen unternehmen, um für die Übergangszeit bis zur Jahrhundertmitte eine nachvollziehbare deutsche Energiepolitik zu entwerfen, die sich an Sicherheit und Umweltfreundlichkeit orientiert und auch wirtschaftliche Argumente einbezieht, die aber die nötige Distanz zu den großen Energiekonzernen wahrt.

Braunkohlestrom aus umweltpolitischer Sicht

Braunkohle hat gegenüber anderen Energieträgern einige gravierende Nachteile:

- Roh-Braunkohle besteht zu ca. 50% aus Wasser, ist also nur teuer zu transportieren und muss daher an Ort und Stelle verstromt werden. Braunkohlestrom eignet sich also nur bedingt zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).¹³
- Bei der Verstromung von Braunkohle wird im Vergleich zu anderen Energieträgern am meisten CO₂ an die Umwelt abgegeben. Braunkohle ist also sehr klimaschädlich und dürfte in den kommenden Jahren in der Klimadebatte immer stärker unter Druck geraten.
- Braunkohle wird im Tagebau gewonnen und hinterlässt - jedenfalls für die Zwischenzeit von bis zu einem halben Jahrhundert - ausgekohlte Landschaften.

Da die Verschmutzung der Atmosphäre ein wesentliches Argument gegen den Energieträger Braunkohle ist, versichern die Betreiber der Kraftwerke, dass sie in naher Zukunft nur noch CO₂-freie Kraftwerke bauen wollen. Die dazugehörigen Techniken sind verfügbar.¹⁴

Bei den Umweltverbänden besteht gegenüber diesen Ankündigungen Skepsis: Sie befürchten, dass allein mit der Aussicht auf eine schadstoffarme Stromerzeugung in den nächsten Jahren Kraftwerke genehmigt und errichtet werden, die über die Jahrhundertmitte hinaus als Altanlagen Strom produzieren. Dabei wird nicht die technische Möglichkeit bestritten, sondern auf drei andere Punkte hingewiesen:

1. Die Wirtschaftlichkeit:

Das CCS-Verfahren zur CO₂-Abscheidung wird Braunkohlestrom weiter verteuern¹⁵ Es ist also das Interesse der Kraftwerksbetreiber, die Investitionen zur Ausrüstung des gesamten Kraftwerksparks mit CCS-Anlagen ab dem Jahr 2020 so weit wie möglich zu strecken.

Wenn in der Zwischenzeit durch die Klimadebatte weitere staatliche Anreize z.B. für Kraft-Wärme-Kopplung oder für alternative Energien erzwungen werden, könnte Braunkohle-Verstromung insgesamt unwirtschaftlich und Aufwendungen zu Fehlinvestitionen werden.

2. Die Akzeptanz

Durch die Notwendigkeit, gesicherte Lagerstätten für das abgeschiedene CO₂ anzubieten, bevor die Investition für die CCS-Anlage getätigt wird, werden die Genehmigungs-

13 So wurde für den Ersatzbau des KW Klingenberg in Berlin zunächst Braunkohle-Staub, dann Erdgas und schließlich Steinkohle vorgesehen; die Debatte hält noch an.

14 sog. CCS-Verfahren; s.o. S. 5

15 Im Umweltausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin wurden am 28.1.2008 1,5 bis 3 Cent pro kWh zusätzliche Kosten genannt, das sind mindestens ein Drittel des Erzeugungspreises.

verfahren praktisch verdoppelt: nicht nur am Ort der Verstromung, sondern auch am Ort der Lagerung des CO₂ und wahrscheinlich auch für die Transportwege. Wie sich heute Menschen finden, die gegen einen Braunkohle-Tagebau, eine Hochspannungsleitung oder einen Windrotor in ihrer Nachbarschaft protestieren, so werden sich auch Proteste gegen CO₂-Speicher oder Kohlendioxid-Pipelines erheben.

3. Braunkohle ist "zu wertvoll zum Verbrennen": sie könnte in Zukunft wieder Grundstoff für chemische Produkte werden und damit auch zur Basis einer chemischen Industrie.
4. Schließlich verweisen die Umweltverbände darauf, dass auch die finanziellen Ressourcen nur einmal ausgegeben werden können: entweder für den Ausbau regenerativer Energien oder für die zeitlich begrenzte Weiternutzung der fossilen Brennstoffe.

Die energiepolitische Debatte der nächsten Zeit wird sich mit dem Maßnahmenpaket beschäftigen, das die EU-Kommission am 24.01.2008 dem Rat und dem Parlament zugeleitet hat. Darunter ist auch der Vorschlag für einen rechtlichen Rahmen für die CCS-Technik, die allerdings entgegen früheren Ankündigungen nicht mehr verbindlich bei jedem Kraftwerksneubau ab 2020 gefordert wird. Eines wird jedenfalls schon jetzt klar: die Erzeugung von Kohlestrom wird sich entweder durch die CO₂-Abscheidung oder durch den notwendigen Kauf von Verschmutzungsrechten erheblich verteuern.

Die Bedeutung der Braunkohle für die Wirtschaftsregion

Die Region Südbrandenburg / Ostsachsen umfasst die Stadt Cottbus sowie die Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster und in Sachsen den Niederschlesischen Oberlausitzkreis mit Hoyerswerda. Im IHK-Bezirk Cottbus leben derzeit ca. 650.000 Menschen.

Die Region gilt als strukturschwach und hat kontinuierlich Wanderungsverluste vor allem durch den Wegzug junger Menschen: vor zehn Jahren lebten in diesem Bereich noch 715.000 Menschen, für 2020 rechnet man nur noch mit 590.000. Für den sächsischen Teil der Region gilt dies in noch stärkerem Maße: so wird erwartet, dass 2010 in Hoyerswerda nur noch halb soviel Einwohner leben wie 1988.

Trotz der gesunkenen Einwohnerzahl ist die Arbeitslosigkeit hoch: Nach der Uckermark weisen in Brandenburg die Kreise Oberspreewald-Lausitz mit 20% und Elbe-Elster mit 19,9% die höchsten Arbeitslosenquoten im Januar 2008 auf.

Obwohl die Fördermengen seit 1990 auf ein Sechstel zurückgegangen sind, ist in dieser Region die Braunkohle nach wie vor der strukturbestimmende Wirtschaftszweig. Im Kammer- und Agenturbezirk gibt es 2007 nach Daten des MASGF Brandenburg 213.254 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Die IHK Cottbus gibt an, dass sich in ihrem IHK-Bezirk die Arbeitsplätze derzeit wie folgt aufteilen:

- etwa ein Drittel der Beschäftigten arbeiten im öffentlichen Sektor (i. w. Ämter und kommunale Einrichtungen),
- ca. ein Drittel in der Konsumbranche (i. w. Handel und Dienstleistungen) und
- etwa ein Drittel im verarbeitenden und produzierenden Gewerbe sowie im Baugewerbe.

Für die wirtschaftliche Dynamik einer Region ist die regionale Exportquote, d.h. die Außenorientierung der regionalen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Strukturwandel und Innovationskraft beruhen wesentlich auf diesem Faktor: Er bildet damit die Basis für die "Importe" von Waren und Dienstleistungen, die nicht in der Lausitz produziert werden. Zur

Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Bevölkerung in der Lausitz sind deshalb erhebliche Geldtransfers, im Wesentlichen Subventionen erforderlich.

Die Exportquote in Südbrandenburg ist in den letzten 10 Jahren zwar von 10% auf 18 % gestiegen, ist aber immer noch unterdurchschnittlich. Der Abstand der Region zu anderen deutschen und benachbarten EU-Regionen wird also größer, nicht kleiner. Etwa ein Drittel der Exportbasis wird von Bergbau, Energie und den Zulieferbereichen (wie Bau, Instandhaltung, Engineering) erwirtschaftet¹⁶. Für die Arbeitsplätze bedeutet das, dass von den etwa 70.000 Menschen im verarbeitenden Gewerbe etwa 10.500 direkt oder indirekt von der Braunkohleverstromung leben.¹⁷

Eine besondere Bedeutung hat auch der hohe Ausbildungsanteil von etwa 8 % der Beschäftigten in der Energiewirtschaft der Lausitz. Diese Quote liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Andere Wirtschaftszweige werden kurzfristig den Energiesektor nicht ersetzen können:

- Die Strukturdaten anderer – weitgehend mittelständisch geprägter – Branchen in der Industrie (Chemie, Metall, Elektro, Ernährung) und in der übrigen Wirtschaft (Tourismus¹⁸, „Öko-Landwirtschaft) lassen nur begrenzte Wachstumschancen erkennen.
- Schnelle Ansiedlungserfolge sind auch bei verstärktem Bemühen und Einsatz von Fördermitteln nicht zu erwarten. Vielmehr verweisen Beispiele wie Nokia, JVC, CNH¹⁹ u.a. auf die Risiken, die bei einer Ansiedlung international tätiger Konzerne ohne nachhaltige Verflechtung mit der einheimischen Wirtschaft entstehen.
- Eine kontinuierliche Neuansiedlung mittelständischer Wirtschaftszweige dagegen mit ausreichenden Netzwerken in die vorhandene Wirtschaft hinein ist zwar wünschenswert und verspricht eine gleichmäßige, allerdings bescheidene und wenig spektakuläre Entwicklung, weil sie kaum schneller als in den Nachbar-Regionen (Deutschland, Polen, Tschechien) voran schreiten kann, weil nahezu alle im direkten Wettbewerb zu Südbrandenburg stehen.
- Die Strukturschwäche wird durch den Ausbau des Flughafens Schönefeld (BBI) am Berliner Stadtrand und neue Arbeitsplätze in der Papierindustrie nur sehr bedingt gemildert. Selbst die von der IHK Cottbus genannte Papierindustrie hat bisher nur ca. 300 direkte Arbeitsplätze geschaffen.
- Eine Selbstversorgungswirtschaft in Form lokaler Wirtschaftskreisläufe ergänzt mit ihren handwerks- und verbrauchsnahe Diensten die skizzierten Strukturen nur und ist keine echte Alternative: Sie leistet ihren Beitrag zur Versorgung, induziert jedoch keinen Kapitalzufluß für Investitionen in der Region und führt keine unternehmensbezogenen (produktionsnahen) Dienstleistungen heran, die gemeinsam die Basis für die überregionale Verflechtung der Wirtschaft bilden.

Auch wenn die Braunkohle noch für eine mittlere Frist eine industrielle Basis für die Region bieten kann, weil die klimaschädlichen Folgen der Braunkohleverstromung vermieden

16 Zu den 4600 MW, die in den beiden südbrandenburgischen Kraftwerken Jänschwalde und Schwarze Pumpe jährlich erzeugt werden, kommen bereits heute 600 MW aus regenerativen Energien.

17 Zum 31.12.2004 hat das Prognos-Gutachten zur wirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle 10.182 direkt Beschäftigte in der Braunkohle-Energiewirtschaft in ganz Ostdeutschland ermittelt; auf Brandenburg entfallen davon 4.582 Arbeitsplätze. Dazu kommen mit dem Faktor 1,3 noch indirekte und induzierte Arbeitsplätze. Aktuelle Daten der Landesregierung Brandenburg im Anhang

18 Der Tourismus stagniert bei etwa 5000 Arbeitsplätzen.

19 Der niederländische Landmaschinenkonzern hatte die Berliner Firma Orenstein&Koppel übernommen und später aufgegeben.

werden können, sind Wirtschaftspolitik und Regionalplanung stark gefordert, die wirtschaftliche Substanz der Region alternativ zur Braunkohle zu stärken. Denn auch die Energiewirtschaft wird weiter rationalisieren und Arbeitsplätze abbauen, und Vattenfall wird auch in Zukunft seine unternehmerischen Entscheidungen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen. Der Aufschluss weiterer Tagebaue und die Erneuerung des Kraftwerkbestandes ist also nicht die Lösung des wirtschaftlichen Problems, sondern bietet die Chance, den Strukturwandel in der Region zu gestalten. Ein schnelles Auslaufen der Braunkohleverstromung würde diese Aufgabe erheblich erschweren.

Beschluss:

Von der Landessynode am 18. April 2008 an den Tagungsausschuss Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung überwiesen (mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen).

Andreas B ö e r
P r ä s e s